

30/X. 1915.

Fragen der Kriegswirtschaft.

Fettknappheit — keine Fettnot.

Es ist nicht richtig, wenn heute über eine Fettnot geklagt wird. Das Fett dient nur als Kraftspender und kann ohne jeden Schaden vollständig durch andere kraftspendende Nahrungsmittel ersetzt werden. Als solche kommen insbesondere die zucker- und stärkehaltigen Nahrungsmittel in Betracht. Von dem Durchschnittsverbrauch in den letzten Jahren in Höhe von etwa 106 Gramm täglich auf den Kopf der Bevölkerung kann man sicherlich ohne jedes Bedenken $\frac{3}{4}$ durch eine entsprechende Menge von Kohlehydraten ersetzen. Ein täglicher Fettverbrauch von 35—40 Gramm ist als genügend anzusehen. Für einen solchen Verbrauch sind zweifellos ausreichende Fettmengen, auch auf längere Zeit, vorhanden. Ueber die „Fettarme Küche“ gibt das Heft Nr. 9 der „Flugschriften zur Volksernährung“ von Geheimrat Junz und Frau Hedwig Heyl Auskunft, die in jeder beliebigen Menge kostenlos von der Verlags-Abteilung der Zentral-Einkaufsgesellschaft, Berlin W 8, zu beziehen ist.

Eine Eingabe der Sozialdemokraten.

Die Vorstände der Sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften haben eine Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, in der es heißt: „Die den Angehörigen der Kriegsteilnehmer zugebilligte Erhöhung der Unterstützungssätze steht in keinem Verhältnis zu den Preissteigerungen aller Lebensmittel. Die bei weitem große Mehrzahl der Kriegerfrauen sieht mit den schlimmsten Befürchtungen den kommenden Wintermonaten entgegen. Es wäre ein dringendes Erfordernis, den bedürftigen Familien der Kriegsteilnehmer für die Wintermonate November, Dezember, Januar, Februar und März die Kartoffeln und Kohlen auf Kosten des Reiches zu liefern. Bezugsberechtigt müßten alle Angehörigen des Heeres und der Marine sein, soweit ihnen die vom Reich geregelte Unterstützung zusteht.“

Der Kartoffelversand.

Von den Berliner Kartoffelgroßhändlern wird als Grund für die Steigerung der Kartoffelpreise in Berlin angeführt, daß es infolge des Mangels an gedeckten Eisenbahnwagen nicht gelinge, die an den Gewinnungsplätzen reichlich vorhandenen Borräte in ausreichendem Maße in die Großstädte zu schaffen. Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin haben daher bei dem Arbeitsminister um ganz besondere Berücksichtigung der Kartoffelverfrachter bei der Wagengestellung gebeten, da jetzt weitere Schwierigkeiten durch den frühzeitig einsetzenden Frost entstehen dürften. Gleichzeitig haben die Ältesten in einem an die zuständige Stelle gerichteten Antrage darauf hingewiesen, daß die bei Frostwetter notwendige Verpackung der Kartoffelversendungen infolge der für Stroh bestehenden sogenannten lokalen Ausfuhrverbote sehr behindert werden würde. Es sei daher erforderlich, für dieses Stroh die lokalen Ausfuhrverbote aufzuheben.